

AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Postcode 1

Adressänderungen melden an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
adressen@gsoa.ch

**GSoA**

GSoA-Zitig September 2009 Nr. 139

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**



**JA zum Verbot von Kriegsmaterial-Exporten am 29. November 2009!**

Endlich ist die Chance gekommen, die skandalöse Kriegsmaterial-Exporte der Schweizer Rüstungsindustrie zu verbieten. Um der geballten Finanzmacht und den undemokratischen Machenschaften der Waffenindustrie Paroli bieten zu können, braucht es nun das Engagement von Ihnen! Wie Sie mithelfen können, der humanitären Tradition der Schweiz neue Glaubwürdigkeit zu verleihen, erfahren Sie im Innern dieser Zeitung und auf dem beiliegenden Rückantwort-Talon.

**Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.**

## Editorial

Ausgiebig wurde in diesem Sommer über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg diskutiert. Die seichte Doku-Soap des Schweizer Fernsehens über das Leben im R dudit bot den Medien reichlich Stoff, um das Sommerloch zu f llen. Eifrig wurde am Mythos der wehrhaften Armee und der Einheit von Militär und Bevölkerung gezimmert. Die unmenschliche Flüchtlingspolitik und die stillschweigende Sympathie eines Teils der Eliten mit den Nationalsozialisten kamen kaum zur Sprache. Aber auch der bodenständige, sehr bewusste Antifaschismus vieler einfacher Leute war kein Thema. «Politik ist tabu» lautete das sehr politische Motto des Fernsehens.

Fast gänzlich ignorierte die Sendung auch die engen Wirtschaftsbeziehungen und die Schweizer Rüstungsexporte an die Achsenmächte, welche den Krieg unnötig verlängerten. Rund 2'500 Flugzeuge der Alliierten schossen die Deutschen beispielsweise mit Flab-Geschützen der Oerlikon-B hrle ab. Es war nicht etwa so, dass Deutschland Druck auf die Schweiz ausgeübt hätte, Waffen zu liefern. Im Gegenteil, Deutschland wollte sich ursprünglich aus strategischen Gründen und um Devisen zu sparen nicht von Waffenimporten aus dem Ausland abhängig machen. Möglich wurden Schweizer Waffenlieferungen erst, nachdem R stungsindustrielle wie Dieter B hrle die deutschen Behörden mit Unsummen bestochen hatten. In den ersten drei Kriegsjahren zahlte B hrle mehr Schmiergelder nach Berlin als Löhne an die Beschäftigten in der Schweiz. Gleichzeitig stornierte er Bestellungen der Schweizer Armee, um die bereits hergestellten Kanonen zu besseren Konditionen den Deutschen zu verkaufen.

In späteren Jahren lieferten dieselben Schweizer Unternehmen Waffen ans Apartheid-Regime in Südafrika, an die Mullahs im Iran, an die Generäle in Burma und den Irak unter Saddam Hussein. Im vergangenen Jahr lieferte Rheinmetall Air Defence (so heisst Oerlikon-B hrle heute) Kanonen für über 100 Millionen Franken an Pakistan. Die beste Lehre für die heutige Zeit kann nur heissen: Setzen wir diesem Geschäft mit dem Krieg endlich ein Ende!

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel

### MILITÄRMISSION ATALANTA

## Schweizer Armee bald auf Piratenjagd?

Beteiligt sich die Schweiz an der Jagd auf Piraten vor der Küste Somalias? Diese Frage beantwortet der Nationalrat in der laufenden Session.

Von Reto Moosmann

In diesen Tagen entscheidet der Nationalrat, ob Schweizer Truppen im Rahmen der EU-Mission Atalanta zur Bekämpfung von somalischen Piraten entsandt werden sollen. Ob sich die Befürworter oder die Gegner durchsetzen, ist bei Redaktionsschluss der GSoA-Zitig noch alles andere als klar – die Gegnerschaft dürfte aber in den letzten Wochen grösser geworden sein. Abgelehnt wird der Einsatz seit Beginn der Debatte im Dezember 2008 von den Grünen und der SVP.

Die Fraktionsspitze der SP sprach sich zwar bereits früh für den Einsatz aus. Nun mehren sich aber die Zeichen, dass der Widerstand auch innerhalb der SP zunimmt. Gegen 15 SP-Nationalr tInnen wollen dem Vernehmen nach gegen den Einsatz stimmen. Es dürfte also eine ganz knappe Entscheidung werden, bei der einige wenige Stimmen den Ausschlag auf die eine oder andere Seite geben werden.

### Verstoss gegen das Milit rgesetz

Die GSoA lehnt den – ironischerweise von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey forcierten – Auslandeinsatz strikt ab. Mehrere juristische Gutachten kommen zum Schluss, dass das geltende Milit rgesetz keine genügende Rechtsgrundlage für den Einsatz darstellt. Dieses erlaubt einerseits die Entsendung von Soldaten im Rahmen von Uno-mandatierten Friedensf rderungseins tzen. Die Teilnahme an Kampfhandlungen ist dabei explizit untersagt. Gerade bei der Jagd auf Piraten können diese jedoch kaum vermieden wer-

den. Andererseits können Soldaten im Rahmen eines Assistenzdienstes im Ausland zivile Behörden unterstützen. Diese Einsätze sind aber lediglich für humanitäre Hilfeleistungen vorgesehen und erfolgen in der Regel unbewaffnet.

Die GSoA fordert von der Schweiz, dass sie die sozialen und politischen Ursachen der Piraterie bekämpft und mithilft, stabile gesellschaftliche Strukturen und ein funktionierendes Staatssystem aufzubauen, statt die Militarisierung der Weltmeere voranzutreiben. Da der Einsatz in Form eines einfachen Bundesbeschlusses bewilligt würde, könnte dagegen jedoch kein Referendum ergriffen werden.

### Revision vor dem Scheitern

Praktisch gescheitert ist bereits die gleichzeitig mit der Atalanta-Vorlage lancierte Milit rgesetzesrevision. Keine einzige Partei stimmt der Gesetzesrevision zu. Eine klare Ablehnung der Revision signalisierten im Rahmen der Vernehmlassung die SP, die Grünen und die SVP.

Auch die GSoA lehnt die Gesetzesrevision klar ab, weil sie der Militarisierung der Schweizer Aussenpolitik Tür und Tor öffnet. Laut Gesetzesentwurf dürfte sich die Schweiz an einem Einsatz beteiligen, wenn «mehrere Staaten» oder «eine internationale Organisation» die Schweiz darum ersuchen. Ein Uno-Mandat ist aber keine zwingende Voraussetzung. Zudem soll die Schweizer Armee dann militärisch intervenieren können, wenn es darum geht, den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu verteidigen. Und: Auch die «Kanalisierung und Absicherung von Migrationsströmen» gehört zu möglichen Einsatzszenarien. Das von der GSoA angekündigte friedenspolitische Referendum dürfte sich aber erübrigen.

### KAMPFFLUGZEUGBESCHAFFUNG

## Wie Geschäfte im R stungsbusiness ablaufen

Immer wenn es um die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge geht, ist Korruption im Spiel. Auch die drei Anbieter EADS, Saab-BAE und Dassault, welche an der Ausschreibung für die Beschaffung in der Schweiz teilnehmen, sind keine unbeschriebenen Blätter.

Von Adi Feller

Gegen EADS wurde wegen Bestechung im Zusammenhang mit der Eurofighter-Beschaffung in Österreich 2003 ermittelt. Dassault soll 2002 Bestechungsgelder an südkoreanische Militärs gezahlt haben. Nach dem Kauf der Gripen in Ungarn 2003 und in Tschechien 2004 wurde die Zahlung von Bestechungsgeldern durch Saab-BAE aufgedeckt. Würde es da erstaunen, wenn in der Schweiz ähnliches passiert?

Auch gibt es immer wieder Regierungen, welche «ihren» Firmen unter die Arme greifen wollen. So werden Flugzeuge aus Armeebest nden abkommandiert, um bei Evaluationsverfahren aufzutreten, wie beispielsweise die Eurofighter der deutschen Luftwaffe in der Schweiz. Dass solche Einsätze bisher immer wieder grossz ugig über Armeebudgets abgerechnet wurden, sorgte vor kurzem für Wirbel. Der französische Präsident Sarkozy macht regelmässig mit persönlichen Werbebotschaften für die Rafale auf sich aufmerksam, sei es in Libyen oder in der Schweiz.

### Lobbyarbeit in der Schweiz

Dassault hat sich die berüchtigte Farner PR (siehe auch Seite 4) für ihre Lobby-Arbeit eingekauft, auf deren Namen auch die Homepage [www.rafale-schweiz.ch](http://www.rafale-schweiz.ch) eingetragen ist. Dazu existiert ein Büro von Rafale Internationale in Bern, welches vom ehemaligen

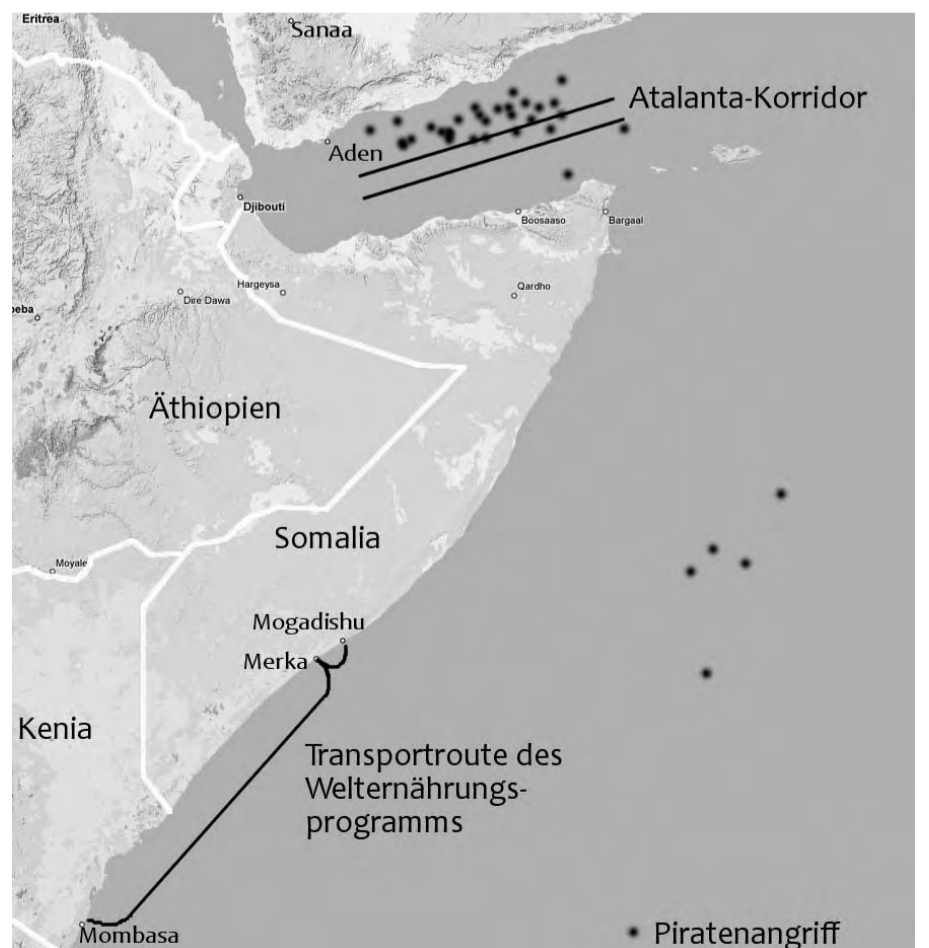
RUAG-Kadermann Pius Drescher geführt wird. Saab Bofors Dynamics hat ihre Vertretung gleich auf dem Gelände der RUAG in Thun selbst eingerichtet. EADS beschäftigt laut eigenen Angaben in der Schweiz mehr als 50 Leute für die Lobbyarbeit. Gute Beziehungen in die Beschaffungsgremien und die Verwaltung hinein sind entscheidend für die Lobbyarbeit. Man gibt gerne einmal Geld für potentielle Kunden aus, wie die finanzielle Beteiligungen aller drei Firmen an den letztjährigen Armeetagen in Lugano oder bei anderen Anlässen zeigen.

### Grosse Versprechen

Ein Teil der Problematik sind die jedes Mal gross angekündigten Kompensationsgeschäfte: Teilweise werden sie gar nicht ausgeführt, oder einfach als zusätzliche Arbeit deklariert. Es bleibt viel Spielraum für Mauscheleien. Bloss 40% der angekündigten Geschäfte sorgen nach einer Studie der Eidgenössischen Finanzkontrolle für zusätzliche Arbeit in der Schweiz. Den Anfang der grossen Kompensationsversprechen machte Saab-BAE, welche ankündigte, dass die Schwedische Luftwaffe 50 Pilatus PC-21 Trainingsflugzeuge beschaffen würde, falls der Gripen ausgewählt würde. Schweden selber hat dies jedoch nie bestätigt.

Klar ist in jedem Fall: Die Beschaffung ist umkämpft und die verschiedenen Firmen und ihre PR-Agenturen werden alles in die Waagschale werfen, was sie können. Zum Glück gibt es die Möglichkeit mit der Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» dieser unnötigen Beschaffung und allen dabei möglichen Ungereimtheiten einen Riegel vorzuschieben. Die Initiative wird voraussichtlich im Jahr 2011 oder 2012 zur Abstimmung kommen.

Bei der Operation Atalanta geht es in erster Linie um die Sicherung von Rohstoff-Transportkorridoren. Die Frachter des Weltern hrungsprogramms – oft als Deckmäntelchen für den Einsatz missbraucht – sind auf ganz anderen Routen unterwegs. (Karte: Google Maps, Daten: Uno / EU NAVOR)



# KRIEGSMATERIAL INITIATIVE

## JA zum Verbot von Kriegsmaterial-Exporten am 29. November



### Werde Teil der Anti-Waffen-Lobby!

Damit die Initiative ein Erfolg wird, müssen wir uns mit vereinten Kräften ins Zeug legen und die knapp drei Monate bis zur Abstimmung optimal nutzen. Denn die Gegenseite – angeführt von der finanzstarken Rüstungslobby – wird bei der Bekämpfung unserer Initiative keinen Aufwand scheuen. Es liegt nun an jeder und jedem einzelnen, sich am Abstimmungskampf zu beteiligen. Wenn jeder Abonnent, jede Abonnentin dieser Zeitung 20 Leute überzeugt, unserer Initiative zuzustimmen, sind schon ein Drittel der benötigten Stimmen beisammen, um die Abstimmung zu gewinnen.

Neben den Rechenspielen bietet uns die Abstimmung jedoch auch eine Bühne. Eine Bühne, auf der wir erklären können, dass sich die Rüstungslobby mit Waffenhandel finanziert, dass die Schweiz Waffen in Entwicklungsländer und Konfliktgebiete exportiert und dass der politische Willen, die Rüstungsfirmen wirksam zu kontrollieren, gänzlich fehlt. Wir haben jetzt die Gelegenheit, allen bewusst zu machen, worum es hier geht: Um Menschenleben. Denn Waffen sind kein Gut wie jedes andere. Waffen werden hergestellt, um Menschen zu töten. Möglichst viele, möglichst effizient.

## Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.

## Weshalb ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten?

Ob Mowag-Panzer in Afghanistan, Ruag-Handgranaten im Irak oder Pilatus-Flugzeuge in Darfur: Schweizer Waffen töten weltweit unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten. Waffen-Export ist Beihilfe zum Krieg und gehört endlich verboten.  
Von Andreas Cassee

Grösster Kunde der hiesigen Rüstungsindustrie war im letzten Jahr ausgerechnet der Konfliktherd Pakistan. Im ersten Halbjahr 2009 stand das saudische Regime, welches die

grundlegendsten Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt, an dritter Stelle der grössten Importeure von Schweizer Waffen.

### Ethisch gefordert und wirtschaftlich tragbar

Auch die Beteiligten der Kriege im Irak und in Afghanistan wurden erneut beliefert, ebenso Israel. Dies, obwohl die neue Kriegsmaterial-Verordnung Waffenausfuhren an Staaten, die in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, eigentlich

untersagen würde. Neutralität und humanitäre Tradition der Schweiz werden so zu leeren Phrasen.

Ein Ausfuhrverbot ist wirtschaftlich tragbar: Kriegsmaterial und «besondere militärische Güter» machen zusammen weniger als 0.1 Prozent der Schweizer Wertschöpfung aus. Güter, die sowohl militärisch als auch zivil verwendet werden können («Dual Use»), sind von der Initiative nicht erfasst. Betroffene Regionen und Arbeitnehmende werden während zehn Jahren bei der Umstellung auf zivile Wirtschaftszweige unterstützt. Die Schweiz

soll sich auf zukunftsträchtige Branchen wie die erneuerbaren Energien spezialisieren, statt das Kriegshandwerk zu exportieren!

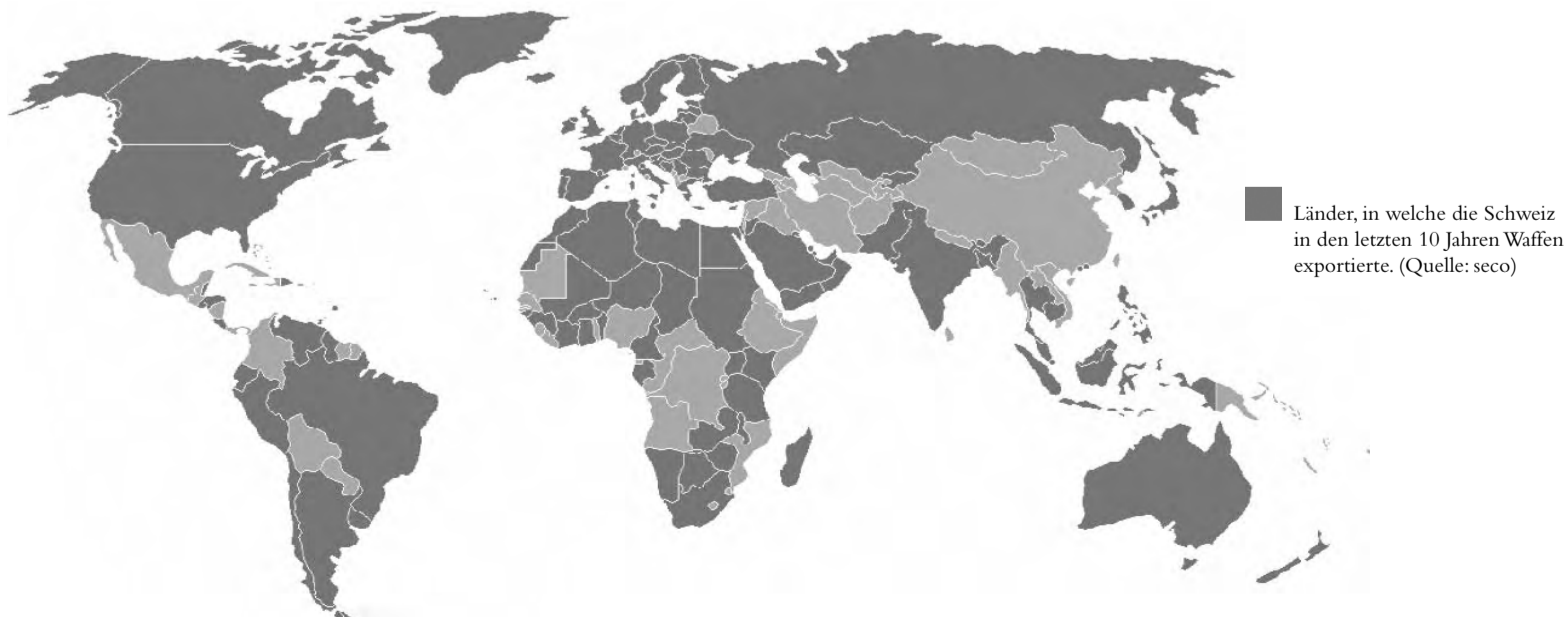
### Mythos Rüstungsautonomie

Die militärische Rechtfertigung der Waffenausfuhren vermag ebenfalls nicht zu überzeugen: Weder Kampfpanzer noch Kampfflugzeuge können vollständig in der Schweiz hergestellt werden. Und auf die «eigene» Rüstungsindustrie könnte die Schweiz im Kriegsfall ohnehin nicht zählen: Oerlikon Contraves gehört längst der deutschen Rheinmetall und Mowag ist im Besitz der amerikanischen General Dynamics.

### Ein JA für den Frieden

Mit einem Verbot von Kriegsmaterial-Exporten setzt die Schweiz ein starkes Zeichen gegen Kriege weltweit und erlangt international neue Glaubwürdigkeit. In vielen Ländern kämpfen Friedensorganisationen gegen das Geschäft mit dem Tod. Doch nur in der Schweiz kann die Bevölkerung selbst entscheiden, statt sich den Beschlüssen der Mächtigen fügen zu müssen.

Die Rüstungslobby investiert über die rechtskonservative PR-Agentur Farner Millionen in die Bekämpfung unserer Initiative. Es soll der Eindruck erweckt werden, die Schweizer Wirtschaft würde zusammenbrechen, wenn sie minimalen ethischen Standards genügen müsste. Misstrauen Sie dieser propagandistischen Schwarzmalerei und stimmen Sie JA zur Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten!





«Die Schweiz soll in den Entwicklungsländern nicht als Waffenlieferantin auftreten, sondern als grosszügige Partnerin beim Aufbau friedlicher Gesellschaften»  
Hansjürg Fehr, SP-Nationalrat und Präsident Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH

RÜSTUNGSINDUSTRIE

## Tausende Opfer

Kein Konflikt zu blutig, kein Land zu arm, keine Waffe zu grausam: Der Bundesrat lässt die Schweizer Kriegsmaterial-Produzenten gewähren. Dass damit Tausende Menschen getötet werden, kümmert die Rüstungsindustrie nicht. Im Gegenteil: Jeder Einsatz gilt als wertvoller Praxistest. «Neutralität» und «humanitäre Tradition der Schweiz» werden mit Füßen getreten. Von Adi Feller

Schweizer Waffenexporteure kennen wenig Skrupel. Oft beliefern Schweizer Rüstungsfirmen beide Seiten eines Konflikts, so etwa die illegalen Atommächte Pakistan und Indien. Besonders skandalös: Die bundeseigene Ruag gehört zu den weltweit grössten Produzenten von Kleinwaffen-Munition, in Europa ist sie Marktführerin. Kleinwaffen sind

die eigentlichen Massenvernichtungswaffen. Jeden Tag sterben durch sie 1'000 Menschen. Am meisten sind im ersten Halbjahr 2009 die Kriegsmaterial-Exporte nach Saudi-Arabien gestiegen. Obwohl die dortige autoritäre Monarchie die grundlegendsten Menschenrechte missachtet. In Saudi-Arabien werden Frauen als Ehebrecherinnen gesteinigt, religiöse Minderheiten werden unterdrückt, Dieben werden die Hände abgehackt, es gibt keine Meinungsfreiheit und keine unabhängige Justiz.

### Bundesrat schützt nur Waffenlobby

Der Bundesrat fügt sich heute widerspruchslos den Interessen der Rüstungslobby. Genauso regelmässig wie Skandale um Waffenlieferungen öffentlich werden, sind auch die Lippenbekenntnisse des Bundesrates, um die Öffentlichkeit zu besänftigen. Doch den Worten

folgen keine Taten. So werden in der Schweiz die Profite der Waffenindustrie höher gewichtet als Menschenleben. Am 29. November 2009 haben wir endlich die Chance, dem Treiben der Rüstungsindustrie ein Ende zu bereiten. Jetzt braucht es jede erdenkliche Hilfe, um die Abstimmung zu gewinnen

Auf [www.kriegsmaterial.ch](http://www.kriegsmaterial.ch) finden Sie eine Fülle von Fakten zu Schweizer Kriegsmaterial-Exporten. Neben 100 Skandalen und einer interaktiven Karte finden Sie laufend aktualisierte Informationen zur Kampagne.

KRIEGSMATERIAL-EXPORTE IN LÄNDER DES SÜDENS

## Waffenexporte und Entwicklungshilfe

Schweizer Waffenfirmen liefern Kriegsmaterial in Entwicklungsländern. Gleichzeitig erhalten diese Staaten Schweizer Entwicklungshilfe. Besonders stossend: Im letzten Jahr erhielten alle belieferten Entwicklungsländer Schweizer Hilfe. Von Tania Rohrer\*

Letztes Jahr haben Entwicklungsländer in der Schweiz für über 115 Millionen Franken Schweizer Kriegsmaterial gekauft. Im selben Zeitraum hat der Bund knapp 180 Millionen Franken in genau dieselben Länder im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit investiert.

Ausgaben für Rüstungsgüter bedeuten signifikante Einschnitte in die Staatshaushalte der Entwicklungsländer, häufig zu Lasten von Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Umweltausgaben. So gibt Pakistan beispielsweise 3,5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Rüstungsgüter aus, aber lediglich 0,4 Prozent für

das Gesundheitswesen. Erfahrungsgemäss haben vor allem Frauen und Kinder die Konsequenzen von gekürzten Sozialleistungen zu tragen. Die finanzielle Belastung der Staaten durch den Kauf von Rüstungsgütern hemmt ein positives Wirtschaftswachstum und führt häufig zu einer weiteren Verschuldung.

### Leichte Verfügbarkeit von Schusswaffen

Eine weitere Problematik entsteht durch die leichte Verfügbarkeit von Schusswaffen, welche besonders in Entwicklungsländern rechtsstaatliche Prinzipien gefährdet und kriminelle Aktivitäten und die Bildung von paramilitärischen Strukturen begünstigt. Mit Waffengewalt werden undemokratische Regierungen aufrechterhalten und die Zivilgesellschaft daran gehindert, ihre Rechte wahrzunehmen. Waffen werden zudem oft dazu genutzt, die Kontrolle von natürlichen Ressourcen durch privilegierte Gruppen zu verteidigen. Damit verbunden ist vielfach Raubbau an der Natur.

### Schweizer Entwicklungshilfe wird torpediert

Zwar hat sich die Schweiz in verschiedenen Abkommen im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit dazu verpflichtet, bei Waffenverkäufen deren Auswirkungen zu berücksichtigen. Doch nach wie vor wird Kriegsmaterial in Entwicklungsländer exportiert, welche Menschenrechte systematisch verletzen. Indirekt werden so die Anstrengungen der schweizerischen Entwicklungshilfe torpediert. Die Kluft zwischen den politischen Bekenntnissen der Schweiz zur Armutsbekämpfung einerseits, und der Realität der heutigen Kriegsmaterial-Exporte andererseits, ist beträchtlich. Mit einem Verbot von Waffenausfuhr kann die Schweiz ihrem humanitären und entwicklungspolitischen Engagement neue Glaubwürdigkeit verleihen und ein starkes Zeichen für eine friedlichere Welt setzen.

\* Tania Rohrer arbeitet bei Helvetas und ist Programmkoordinatorin für Westafrika. Dieser Artikel widerspiegelt ihre persönliche Meinung.



Ein PC-9-Militärflugzeug wird für einen Einsatz in Darfur mit Splitterbomben bestückt. Der Bundesrat hatte in Juli 2006 den Pilatuswerken in Stans die Lieferung dieser Flugzeuge an den tschadischen Diktator Idriss Déby trotz vehementer Proteste erlaubt

FARNER PR

## Unterwanderungsversuch bei der GSoA

Wie die Wochenzeitung WOZ am 20.8. berichtete, hat die PR-Agentur Farner versucht, die GSoA zu unterwandern. Farner führt im Auftrag der Rüstungslobby die Kampagne gegen das Verbot von Kriegsmaterial-Exporten. Eine Mitarbeiterin der Firma hatte im Juni unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an einem GSoA-Wochenende zur Vorbereitung des Abstimmungskampfes teilgenommen.

### Auffällige Fragen

Fragen nach Budget und Mitgliederzahlen der GSoA machten einige AktivistInnen schnell auf C.S.\* aufmerksam. Recherchen der WOZ

und des 10vor10 bestätigen nun den Verdacht. Farner bemüht sich um Schadensbegrenzung und behauptet, C.S. habe aus persönlichem Interesse am Wochenede teilgenommen; ein Auftrag habe nicht bestanden. Dumm nur, dass der Freund von C.S. gegenüber der WOZ das Gegenteil sagte...

### Rüstungslobby soll sich an demokratische Spielregeln halten!

Die GSoA fordert die Rüstungsindustrie auf, Farner das Mandat zu entziehen. Dass die Kriegsmaterial-Produzenten nicht an einer sachlichen Debatte interessiert sind, war im-

mer klar. Doch wenigstens die Einhaltung minimaler demokratischer Spielregeln dürfte man doch erwarten.

Weitere Infos: [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch)

\* Wir verzichten hier auf die Nennung des Namens – Hetzkampagnen sind nicht der Stil der GSoA. Wenn andere Organisationen befürchten, ebenfalls von Farner bespitzelt worden zu sein, klären wir gerne gemeinsam ab, ob C.S. auch bei euch aktiv war.



INITIATIVTEXT

## Was will die Initiative genau?

Wird die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» angenommen, dürfen künftig weder Kriegsmaterial noch «besondere militärische Güter» exportiert werden. Was heisst das genau?  
Von Tom Cassee

Das Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial und «besondere militärische Güter» ist das Kernstück der Initiative. Da beide Begriffe aus der bestehenden Gesetzgebung stammen, ist mit Listen genau definiert, welche Güter von der Initiative betroffen sind.

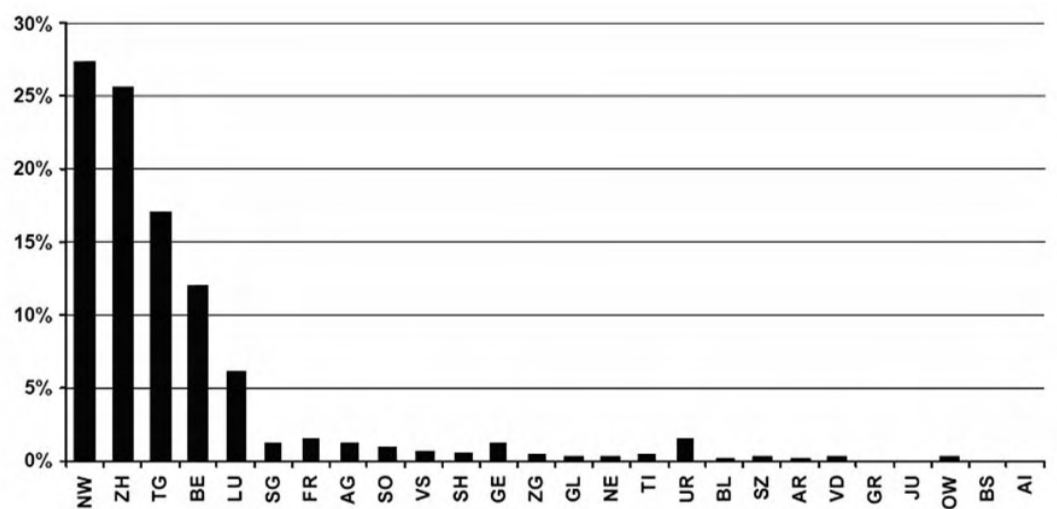
Der Begriff des Kriegsmaterials ist in der heutigen Schweizer Gesetzgebung relativ eng gefasst. Beispielsweise Panzer, Maschinengewehre und Munition fallen unter diesen Begriff. Um internationale Kontrollabkommen in der Schweiz umsetzen zu können, wurde im Schweizer Güterkontrollgesetz der Begriff der «besonderen militärischen Güter»

eingeführt. Als «besonderes militärisches Gut» gilt alles, was rein militärisch genutzt wird, aber in der Schweiz nicht unter das Kriegsmaterialgesetz fällt. Dazu gehören zum Beispiel Militär-Flugzeuge der Pilatuswerke. Kriegsmaterial und «besondere militärische Güter» umfassen somit alle Waren, deren Zweck einzig das Töten von Menschen ist, die also rein militärisch verwendet werden. Diese Güter sollen in Zukunft nicht mehr exportiert werden dürfen.

### Sind auch zivile Güter betroffen?

Entgegen den Behauptungen der Kriegsmaterial-Lobby, welche die Schweizer Stimmberechtigten bewusst täuschen will, sind keinerlei zivile Güter vom Exportverbot betroffen. So genannte Dual-Use-Güter, also gleichzeitig zivil wie auch militärische verwendbare Waren, sind von der Initiative nicht betroffen.

Anteil der Kantone am Export von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern:  
Vier Firmen teilen sich den Markt auf: Pilatus aus Nidwalden, Rheinmetall / Oerlikon Contraves aus Zürich, Mowag aus dem Thurgau, die Ruag aus Bern und Luzern. Quelle: BAK Economics Basel / Seco



ETHIK UND MORAL

## Kirche und Kriegsmaterial-Export

Die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» wirft fundamentale Fragen auf: Ist es moralisch vertretbar, mit Waffenhandel Geld zu verdienen? Oder: Ist es im Gegenteil unethisch, durch ein Exportverbot Schweizer Arbeitsplätze zu gefährden?  
Von Rahel Ruch

Die christlichen Kirchen gelten auch in der Schweiz als moralische Instanz. «Frieden und Abrüstung» ist ein Thema, das die Kirchen beschäftigt. In Deutschland beispielsweise verfassen die Kirchen mit der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) jährlich einen ausführlichen Rüstungsexportbericht. Auch hierzulande suchen wir die Zusammenarbeit mit christlichen Kreisen und stossen dabei auf reges Interesse.

Die Schweizerische Nationalkommission «Justitia et Pax», eine Kommission der Katholischen Kirche zu sozialem Fragen, hat eine ausführliche Stellungnahme zur Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» publiziert und den StimmbürgerInnen empfohlen, die Initiative anzunehmen.

Die Kommission legt dar, wieso die ethischen Argumente für die Initiative überwiegen. Deutlich werden drei Stränge in der Diskussion: Erstens stellt die Kommission fest, dass

das Exportverbot das «legitime Recht der Schweiz zur Selbstverteidigung» nicht in Frage stelle. Zweitens betont «Justitia et Pax», dass der Erhalt der Rüstungsindustrie mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schützen, ethisch nicht akzeptabel sei und die Einbussen des Exportverbots für die Schweizer Wirtschaft tragbar seien. Schliesslich unterstreicht «Justitia et Pax» die Verantwortung der Schweiz für die Folgen des Waffenhandels und folgert, dass mit einer Annahme der Initiative die Glaubwürdigkeit unseres Landes hinsichtlich ihres humanitären Engagements gestärkt würde.

«Justitia et Pax» ist nicht alleine: Auch Einzelpersonen aus dem kirchlichen Umfeld haben sich zum Thema geäussert, so zuletzt der Kapuziner und Journalist Walter Ludin in einer Glosse, welche auf seinem Blog ([www.kath.ch/ludin](http://www.kath.ch/ludin)) erschien und den katholischen Pfarrblättern zur Verfügung gestellt wurde. Wir sind zuversichtlich, dass sich auch die Schweizerische Bischofskonferenz sowie der Schweizerische Evangelische Kirchenbund zur Initiative äussern werden. Schliesslich sind eine friedliche und solidarische Gesellschaft ureigene Anliegen der christlichen Gemeinschaft. In diesem Sinne hoffen wir, dass die Kirchenleitungen und die kirchlichen Basismitglieder am 29. November ein JA in die Urne legen. Jesus hätte das auch getan.

WIRTSCHAFT

## Auch ohne Waffenexporte lebt sich's gut

Die Rüstungslobby übertreibt die ökonomische Bedeutung der Schweizer Rüstungsexport-Industrie oft masslos. Nur wenige Betriebe und Regionen sind von der Volksinitiative gegen Kriegsmaterial-Exporte ernsthaft betroffen. Wir zeigen auf, wie die Arbeitsplätze bei einer Annahme der Initiative erhalten bleiben können.  
Von Andreas Weibel

«Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind die Kriegsmaterialausfuhren [...] bedeutungslos.» Das schrieb die «Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee» – eines der wichtigsten Foren der Schweizer Rüstungsindustrie – im Herbst 2008 in einem Mediencommuniqué. Zurecht: Die Waffenexportbranche trägt etwa 0.09 Prozent zur gesamten Schweizer Wirtschaftsleistung bei. Das ist etwa gleich viel wie die Holzfensterindustrie.

Auch wenn Waffenexporte für die Volkswirtschaft als Ganzes marginal sind: Hinter jedem gefährdeten Arbeitsplatz verbirgt sich ein menschliches Schicksal. Deshalb fordert unsere Volksinitiative, dass der Bund die vom Exportverbot betroffenen Regionen und Beschäftigten während zehn Jahren bei der Umstellung auf zivile Produkte unterstützt. Laut einer Studie des Bundes hätte ein Waffenexport-Verbot direkte und indirekte Auswirkungen auf 5132 Arbeitsplätze. Etwa drei Viertel davon entfallen auf vier Betriebe: Rheinmetall Air Defence (die ehemalige Oerlikon Contraves) in Zürich, die Mowag in Kreuzlingen, die Ruag in Bern und Emmen, sowie die Pilatus-Flugzeugwerke in Stans.

### Umstellung auf zivile Produktion

Am einfachsten dürfte es der Ruag und Pilatus fallen, auf zivile Produkte umzustellen. Die

Ruag hat bereits in den letzten zehn Jahren den Anteil der zivilen Güter von praktisch null auf heute mehr als die Hälfte ihres Umsatzes ausgebaut. Bloss 15 Prozent des Umsatzes erzielt der Bundesbetrieb noch mit der Ausfuhr von Kriegsmaterial. Als Besitzer der Ruag hätte der Bund weitreichende Möglichkeiten, sich auf sinnvollere Tätigkeiten als den Export von Waffen zu konzentrieren. Im Bereich der grünen Technologien liegt bei der Ruag grosses Potential brach. Durch die Auswahl der Kompensationsgeschäfte, welche jeweils bei Rüstungskäufen im Ausland anfallen, kann der Bund die Aufträge an die Ruag zusätzlich massgeblich steuern. Auch bei Pilatus boomt der zivile Bereich. Der Verkauf von PC-12-Geschäftsflugzeugen ist gemäss der Neuen Zürcher Zeitung auf Rekordkurs. Die Turboprop-Maschinen von Pilatus sind im Betrieb viel günstiger als dü-

sengetriebene Businessjets, was in der Krise ein schlagendes Verkaufsargument für die PC-12 ist. Bereits im letztjährigen Geschäftsbericht teilten die Pilatuswerke mit, dass es ihnen an Personal mangle, um alle Aufträge in diesem Bereich fristgerecht ausführen zu können.

Die Mowag könnte sich zum Ziel setzen, wie bis vor wenigen Jahren, wieder Krankenwagen und Feuerwehrautos herzustellen, statt Radschützenpanzer für Kriegshandlungen in Afghanistan zu liefern. Oder der Thurgauer Fahrzeughersteller könnte sich im Zugsbau neue Felder erschliessen. Die Stadler Rail von Nationalrat Spuhler im benachbarten Bussnang ist trotz Krise in ganz Europa auf der Suche nach Ingenieuren und Technikern, um die Nachfrage nach Schienenfahrzeugen zu befriedigen. Eisenbahnwagons statt Schützenpanzer heisst das Motto!



ARGUMENTE DER GEGNER

## Von Mythen und Unwahrheiten

Betrachtet man die Gegenargumente der Rüstungslobby etwas genauer, wird schnell klar: Was auf den ersten Blick halbwegs stichhaltig klingen mag, gehört vielfach ins Reich der Mythen und Unwahrheiten.  
Von Michael Baumgärtner

### Mythos Rüstungsautarkie

Oft behaupten die Rüstungslobbyisten, dass die Schweiz mit einem Verbot von Kriegsmaterialexporten ihre Rüstungsindustrie und folglich ihre Wehrautonomie einbüsse. Dies ist ein Trugschluss sondergleichen. Die Schweiz war nie rüstungsautark und ist es auch heute nicht. Der überwiegende Teil der Waffen wird aus dem Ausland bezogen. Ohne solche Waffenkäufe im Ausland hätte unsere Luftwaffe beispielsweise längst aufgehört zu existieren. Zudem gibt es die «Schweizer» Rüstungsindustrie längst nicht mehr: Die Waffenschmiede Oerlikon Contraves gehört der deutschen Rheinmetall AG und Mowag ist im Besitz der amerikanischen Firma General Dynamics. Angesichts dieser Fakten verkommt die Schweizer Wehrautonomie sehr rasch zum Mythos.

### Die Schweiz als Vorbild

Oft wird die Auswirkung eines Exportverbots von Schweizer Waffen generell hinterfragt. Das Argument dazu lautet, dass andere Länder in die Bresche springen werden, wenn die

Schweiz keine Waffen mehr ausliefert. Wenn wir es nicht machen, machen es die anderen. Ein Exportverbot verkomme damit zu einem rein symbolischen Akt.

Die Berner SP-Nationalrätin Evi Allemann wies dieses Argument in einer Sitzung des Nationalrats eloquent zurück: «Wer so argumentiert, hat den Kampf für eine friedlichere Welt aufgegeben und stellt die Sichtweise des Homo Oeconomicus in den Mittelpunkt seiner Argumentation», meinte sie. Und gerade die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition habe ein riesiges Potential und die nötige Glaubwürdigkeit, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Welch positive Folgen dies haben könnte, zeigt das Beispiel Kanada. Es hat als erstes Land ein Verbot von Antipersonenminen durchgesetzt. Viele Länder folgten dem Beispiel, was zur Folge hatte, dass diese grausamen Mordinstrumente heute in weiten Teilen der Welt geächtet werden.

In Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen bezieht sich das Hauptargument der Gegnerschaft aber auf die ökonomischen Folgen der Initiative. Deshalb ist diesem Thema auf Seite 5 ein ausführlicher Artikel gewidmet. Eine Frage sollte man diesbezüglich aber nie vergessen: Rechtfertigt das Überleben der Schweizer Rüstungsindustrie tatsächlich den Tod unschuldiger Menschen in den Abnehmerländern?



Sich wehren, ohne Waffe, ist eine grosse Kunst. Sie lehrt uns zu kommunizieren. Sich wehren mit einer Waffe ist einfach, tödlich und macht sprachlos!

Ursus & Nadeschkin, Künstler

### Abstimmungskampagne: Dein Engagement ist gefragt!

Jetzt wo der Termin für die Abstimmung feststeht, sind wir auf jede erdenkliche Hilfe für den Abstimmungskampf angewiesen. Du kannst dich wie folgt engagieren:

- > Melde Dich bei der GSoA-Regionalgruppe in deiner Umgebung. Die Kontaktadressen findest du auf der letzten Seite dieser Zeitung.
- > Organisiere Leute aus deinem persönlichen Umfeld, beispielsweise deine Verein, deine Uni-Gruppe oder deine lokale Parteisektion, um Material zu verteilen oder Veranstaltungen zu organisieren.
- > Schreib LeserInnenbriefe, die auf Zeitungsartikel oder grundsätzlich auf die Abstimmung Bezug nehmen. Melde dich bei [gsoa@gsoa.ch](mailto:gsoa@gsoa.ch) wenn du auf dem Laufenden gehalten werden willst, was LeserInnenbriefe betrifft.
- > Werde Mitglied unserer Facebook-Gruppe «Ja zur Initiative gegen Kriegsmaterial-Exporte am 29. November» und lade all deine FreundInnen dazu ein.
- > Unterstütze die Kampagne finanziell mit einer Spende auf unser PC-Konto 40-37315-5 oder online via [www.gsoa.ch/gsoa/spenden](http://www.gsoa.ch/gsoa/spenden).
- > Zu guter Letzt: Bestelle Abstimmungsmaterial wie Plakate, Flyer, Postkarten etc. beim GSoA-Sekretariat in Zürich.

### Folgende Organisationen sagen Ja zu Initiative:

GSoA · SP Schweiz · Grüne Partei Schweiz · cfd die feministische friedensorganisation · Greenpeace Schweiz · Erklärung von Bern EvB · Gesellschaft für bedrohte Völker GfbV · terre des hommes schweiz · Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH · comedia – die mediengewerkschaft · Attac Schweiz · Christlich-Soziale Partei CSP · JungsozialistInnen der Schweiz JUSO · Junge Grüne Schweiz · Junge Alternative JA! · A gauche Toute! · Partei der Arbeit der Schweiz PdA · Humanistische Partei der Schweiz · BastA! · Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung Basel · Neue PdA Basel · Alternative Kanton Zug · Frauen für den Frieden · Lassalle-Friedensbewegung LFB · Stiftung PanEco · aktiv unzufrieden St. Gallen · DaDavos · Service Civil International SCI · Centrale Sanitaire Suisse Romande · APRED association pour la non-militarisation · CETIM Centre Europe-Tiers Monde · Association suisse des Amis du Monde diplomatique · Mouvement populaire des familles MPF · Marche Mondiale des Femmes - Schweiz · International Peace Bureau IPB · Woman's International League for Peace and Freedom WILPF · Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz · Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung TheBe · OeME-Kommission Bern-Stadt · Justitia et Pax · Zentralvorstand der Evangelischen Frauen Schweiz



Evelinn Trouble bereichert unseren Abstimmungskampf mit ihrem Kampagnensong «Warface» – mehr dazu in Kürze auf [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch).

### Das kann ich tun:

- Ich bestelle gratis Kampagnenmaterial und überzeuge meine Familie und FreundInnen.  
..... (Anzahl) Postkarten  
..... (Anzahl) Kleber  
..... (Anzahl) Abstimmungs-Flyer  
..... (Anzahl) Plakate
- Ich helfe mit. Bitte kontaktiert mich.
- Ich spende für die Abstimmungskampagne. Bitte schickt mir einen Einzahlungsschein.
- Ich werde GSoA-Mitglied.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nummer \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_

Tel./E-Mail \_\_\_\_\_

Einsenden an: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02

Evelinn Trouble: «Ich möchte nicht Bürgerin eines Staates sein, der Geld macht mit Krieg und sich dabei noch als neutral bezeichnet. Deshalb Ja zu einem Verbot von Kriegsmaterialexporten.»



E-LEARNING IN DER ARMEE

## «Ohne Mampf kein Kampf»

Das VBS investiert 30 Millionen Schweizer Franken in ein neues Ausbildungsmodul. Mittels E-Learning soll die Ausbildungsqualität und -effizienz in der Armee gesteigert werden. Die GSoA war zu Gast auf der neuen E-Learning Plattform. Von Martin Parpan

Wenn ein Soldat verhindern will, dass es nach einem Fondueabend in der Wohnung noch tagelang nach Käse riecht, erhält er Hilfe im Lernmodul «Rezepte aus der Militärküche». Ebenfalls in Erfahrung bringen kann er, dass sich reife Wassermelonen von unreifen dadurch unterscheiden, dass bei reifen Melonen beim Draufklopfen ein «pong» ertönt, während es bei unreifen Melonen «ping» macht. Und falls eine Soldatin schon immer wissen wollte, wie der typische Militärküchenspruch heisst, bekommt sie ebenfalls eine Antwort: «Ohne Mampf kein Kampf».

Im Katalog der E-Learning-Plattform erwarten den Lernenden allerdings auch ernsthaftere Themen. Die Armee versucht, sich und das Konzept der Armee XXI zu erklären. Flexibel, kooperativ, vielseitig, volksnah, wirtschaftlich, dynamisch und innovativ sind Begriffe, die dazu verwendet werden. Ausgeführt wird dieses Konzept von alt Bundesrat Samuel Schmid und Ex-Korpskommandant Christoph Keckeis. Mag sein, dass Bundesrat Maurer noch nicht bereit war, die «beste Armee der Welt» zu erklären.

### Zwischen Betty Bossi und Luftkampf

Neben einem weiteren Modul, welches die Piloten der Schweizer Luftwaffe als «Top-Gun» bezeichnet, gibt es auch durchaus sinnvolle Informationen auf der Lernplattform. Zum Beispiel werden Grundkenntnisse zu Menschenrechten vermittelt. Das Modul richtet sich gemäss Beschreibung an die gesamte Bundesverwaltung und andere Interessierte. Die GSoA empfiehlt das Durcharbeiten dieses Moduls dem Gesamtbundesrat. Vielleicht würde es ihm helfen zur Erkenntnis zu kommen, dass ein Land wie Saudi-Arabien Menschenrechte verletzt und somit nach geltendem Recht kein Schweizer Kriegsmaterial erhalten dürfte.

### Fazit

Wer sich die neue E-Learning-Plattform der Schweizer Armee angeschaut hat, ist danach vor allem eines verwirrt. Die Armee versucht, sich mit Militärküchen-Lernmodulen auf schon fast peinliche Art volksnah und humorvoll zu zeigen. Ausgerechnet ein Bundesrat, der schon seit Monaten nicht mehr im Amt ist, lobt die Armee als dynamisch – so wirkt das Ganze orientierungslos, und man wähnt sich irgendwo zwischen Betty Bossi und Luftkampf. Vielleicht ist die aufkommende Verwirrung allerdings einfach repräsentativ für eine Armee, die krampfhaft daran bastelt, etwas zu sein, ohne zu wissen, was es denn sein soll.



### Schweizer Waffen im Iran

Kein Land erhielt in den Siebziger Jahren mehr Schweizer Waffen als der Iran. Das Regime des Schahs kaufte in der Schweiz Rüstungsgüter für mehr als 900 Millionen Franken. Kurz darauf übernahmen die radikalen Mullahs die Macht im Iran – und das Kriegsmaterial. Als erstes wurden die Waffen im ersten Golfkrieg gegen den Irak eingesetzt. Mehr als eine Million Menschen fanden in diesem Krieg den Tod. Auch heute sind die Waffen noch im Einsatz: Das Bild zeigt eine Luftabwehr-Kanone von Oerlikon Contraves (heute Rheinmetall Air Defence) neben der Nuklearanlage von Natanz im Zentraliran.



### Schweizer Waffen in Afghanistan

Die zwei einzigen Schweizer Soldaten verliessen Afghanistan im Februar 2008. Zu blutig war dem Bundesrat der Konflikt am Hindukusch geworden. Währenddessen liefert die Schweiz weiterhin im grossen Stil Waffen für die Besatzungstruppen. Vor allem der Verkauf von Panzern boomt dank dem Krieg in Afghanistan: Die Armeen von Deutschland, Dänemark, Belgien, Holland, Rumänien und Irland setzen auf Schweizer Radschützenpanzer für den Einsatz in Zentralasien. Im Bild: Ein portugiesischer Soldat, der mit einer Schweizer MP9-Maschinenpistole von Brügger & Thomet in Afghanistan patrouilliert.



### Schweizer Waffen im Irak

In der Öffentlichkeit verurteilte der Bundesrat den Angriff der USA und ihrer Verbündeter auf den Irak als völkerrechtswidrig. Das hielt die Schweizer Regierung jedoch nicht davon ab, eifrig Kriegsmaterial zu liefern: Handgranaten an die britischen Truppen, Mörser für das US-Marine Corps, feinmechanische Bauteile für F/A-18 Kampfflugzeuge der US-Luftwaffe. Ohne diese Präzisionsteile wären die Bomber am Boden geblieben. Ausserdem steuerte die Schweizer Rüstungsindustrie 121 Boden-Luft-Raketen des Typs Maverick und wiederum massenhaft Panzer zum Angriff auf den Irak bei. Im Bild: Ein Eagle-Panzer der dänischen Armee, hergestellt von der Schweizer Mowag.

INSERT

kult.kino

THE GREATEST BREAK-UP STORY EVER TOLD

इता sings the blues

Eine irrwitzig bunte Geschichte von der Caroonistin und Filmemacherin Nina Paley, die das Kinopublikum mit immer neuen Animationsstilen verwirrt und verwöhnt. Nach dem indischen „Ramayana“-Epos.

HOME

YANN ARTHUS BERTRAND

Die Doku lässt uns teilhaben an der Faszination für die Natur, aber auch an ihren Sorgen um ihre Zukunft. Eine spannende Reise rund um die Welt.

Demnächst in Ihrem kult.kino.

WEHRPFLICHTERSATZ-STEUER

## Eine Strafe gerät ins Wanken

Ein Ende April gefällter Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte stellt die Legitimation der Schweizer Wehrpflichtersatzsteuer grundlegend in Frage. Endlich. Von Piet Dörflinger

Wer keine oder zu wenige Militär- oder Zivildiensttage leistet, muss eine finanzielle Abgabe entrichten – die sogenannte Wehrpflichtersatz-Steuer. Unabhängig davon, aus welchem Grund der Betroffene den Pflichtdienst nicht leistet, ist diese Steuer geschuldet. Offiziell soll sie einen Ausgleich schaffen zwischen solchen, welche die Dienststrapazen auf sich nehmen müssen und solchen, die das «Privileg» haben, nicht beansprucht zu werden. Praktisch heisst das: Der Staat verlangt Zwangsarbeit – wer diese nicht leisten will oder kann, wird zur Kasse gebeten.

### Diskriminierung

Sven Glor wurde 1997 für dienstuntauglich erklärt und konnte weder Militär noch Zivildienst leisten. Ersatzsteuern hingegen sollte er bezahlen. Das empfand er als ungerecht

und prozessierte bis vor Bundesgericht, wo seine Beschwerde aber abgelehnt wurde. Danach klagte er beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg und bekam Recht. Die Richter fanden, er werde diskriminiert und solle rückwirkend eine Entschädigung bekommen. Zudem verurteilten sie die Steuer als prinzipiell nicht vertretbar. Die Schweiz will dieses Urteil anfechten.

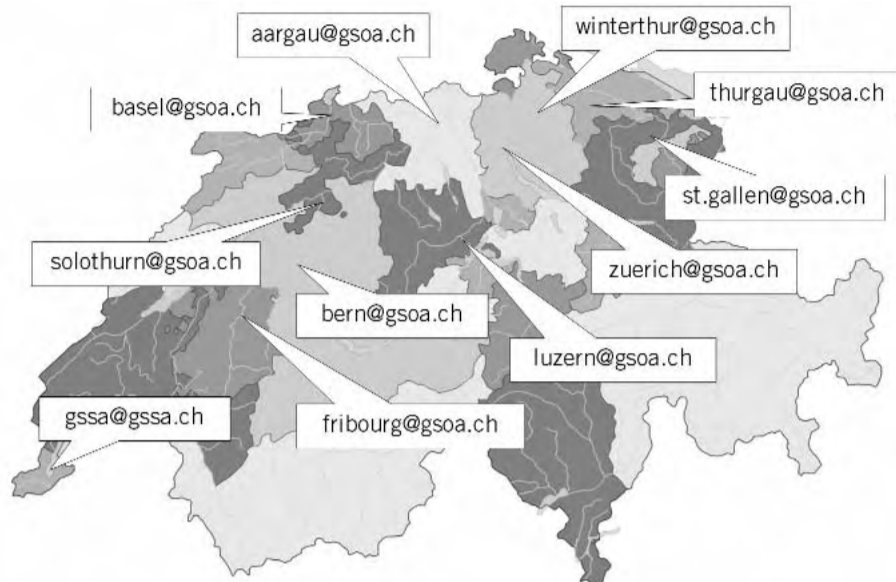
### Strassburger Urteil rüttelt an Wehrpflicht

Das Urteil wird zur Konsequenz haben, dass entweder die Wehrpflichtersatzsteuer abgeschafft werden muss, oder dass allen ein zumutbarer Dienst zur Verfügung stehen muss. Das Militär will sich aber weiter verkleinern und der Zivildienst ist überfüllt. Wohin also mit den Wehrpflichtigen?

Eine Konsequenz könnte die Neudefinition des Wortes Diensttauglichkeit sein, wobei das Militär nicht mehr das Mass aller Dinge sein würde. Dadurch könnte der Zivildienst für den Staat als nützliches Auffangbecken in Betracht gezogen werden und schliesslich das Ende der Wehrpflicht eingeleitet werden.

## Aktiv bei einer Regionalgruppe

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Lust, aktiv zu werden? Dann melde dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, dich kennen zu lernen!



## Wir sind auf Ihre Spende angewiesen

Die GSoA ist im Moment an drei Volksinitiativen beteiligt: Die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» und die Initiative gegen die neuen Kampfflugzeuge. Um die Kosten zu decken, die aus den drei Kampagnen entstehen, sind wir auf Ihre Spende angewiesen. Mit Ihrem Geldbeitrag ermöglichen Sie uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein tragen Sie unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. Herzlichen Dank!



Roman Schürmann: Helvetische Jäger. Dramen und Skandale am Militärlhimmel. 320 Seiten und 40 Seiten Bildteil.

### Höhenflüge und Bruchlandungen

Himmelschreiend! – In diesem Buch sind erstmals die erstaunlichen Geschichten rund um die Kampfflugzeuge und deren Beschaffung versammelt, die von 1914 bis heute am Schweizer Himmel aufgestiegen sind – oder eben auch nicht. «Der größte Militärflugplatz der Schweiz befindet sich», so behaupteten böse Zungen in den 60er-Jahren, «am Grund des Bodensees.» Dieses Buch zeigt: Jedes Mal, wenn es um neue Kampfflugzeuge geht, ist mit Dramen und Skandalen zu rechnen. 1993 folgte das bisher letzte Kapitel, als Militärminister Kaspar Villiger dank einer einzigartigen PR-Kampagne doch noch seine ersehnten F/A-18 erhielt, nachdem die

GSoA in nur einem Monat über eine halbe Million Unterschriften gegen die Kampfjets gesammelt hatte. Und jetzt will die Schweizer Luftwaffe wieder neue Kampfflugzeuge bestellen...

LeserInnen der GSoA-Zeitung können das Buch für 20 Franken (zzgl. 4.80 Franken Porto und Versand) bei der GSoA bestellen (siehe Talon).

### Veranstaltungen

**23. 9. Bern:** Mit dem Autor Roman Schürmann, GSoA-Nationalrat Josef Lang und dem Historiker Jürg Stüssi-Lauterburg. Ort: Käfigturm, Marktgasse 67, Zeit: 20.30 Uhr

**24. 9. Zürich:** Mit dem Autor Roman Schürmann, GSoA-Nationalrat Josef Lang und dem Militärexperthen und vormaligen NZZ-Journalisten Bruno Lezzi. Ort: Kanzlei, Kanzleistrasse 51, Zeit 20.00 Uhr

**GREGOR**  
das glückliche Gewehr



## GSoA-Material...

### Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ, Wohnort

Tel./E-Mail

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.-	
	Friedensfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.-	
	Panzerknacker		kostenlos	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Buch «Helvetische Jäger»		Fr. 20.-	

**Spende**  Fr. 50.-  Fr. 20.-  Fr. 10.-

**Versandkostenanteil** **Fr. 4.80**

### Rechnungsbetrag

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



### Impressum

**Redaktion:** Patrick Angele (pa), Michael Baumgärtner (mb), Felix Birchler (fb), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Adi Feller (ad), Beat Hatz (beh), Chrigi Hug (ch), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Reto Moosmann (rm), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw, verantwortlich)

**Cartoons:** Oger **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich

**Auflage:** 20 000, mindestens viermal jährlich

**Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)** Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

**Jahresabonnement GSoA-Zitig:** Fr. 20.- /10.- **PC-Konto:** PC 40-37315-5

**Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.